

Richard Meng

## Kurzfristig denken reicht nicht

Die SPD nach Bayernwahl, Bankencrash und Vorsitzwechsel

*Die SPD spürt neuen Optimismus für 2009. Auf der Höhe der Zeit zu sein, im Mittelpunkt weit reichender Entwicklungen zu stehen und dabei zu erleben, wie die alten Strategien der Konservativen und Marktliberalen scheitern: Das gab es lange nicht. Doch ob daraus wirklich eine politische Zeitenwende mit neuer Meinungsführerschaft wird, wie es Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering beim Sonderparteitag beschworen, ist noch nicht entschieden.*

Zum einen Teil hängt das davon ab, wie die Union ihre Führungs- und Mobilisierungsschwäche bearbeitet. Für die Sozialdemokratie jedoch kommt es jetzt auf eine glaubwürdige Programmperspektive an, die über das Tagewerk für 2009 hinaus weisen muss – damit klar wird, wofür die Marke SPD mittelfristig und unverwechselbar steht. Erst daraus leiten sich dann auch Bündnisoptionen für die Zukunft ab.

Einige Linien dafür sind seit der Rede des Kanzlerkandidaten beim Berliner Sonderparteitag angedacht. Aber was bedeutet ein »Schutzschild für Arbeitsplätze« über die Gegenwart hinaus? Da stellt sich schnell die Frage nach der künftigen Industriepolitik, nach den Standortbedingungen bezüglich der Energiepreise nicht zuletzt. Was heißt es, das Bildungsversprechen der Sozialdemokratie aus den 70er Jahren neu in den Mittelpunkt zu stellen? Beim Thema Studiengebühren die Union politisch zu treiben, erweist sich längst als Gewinnerthema. Aber noch vor zwei Jahren hatte die SPD selbst haarscharf davor gestanden, (nachgelagerte) Studiengebühren mehrheitlich zu akzeptieren. Was bedeutet: Die Linie gegen den Gebührenstaat ist intern fragil, zumal bei möglicherweise bald engeren Finanzspielräumen. Und: Jetzt keine Sozialleistungen zu kürzen, ist ein wichti-



**Richard Meng**

(\* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

senatssprecher@skzl.verwalt-berlin.de

ges Versprechen für die Erfolgchancen 2009 – aber das beantwortet noch lange nicht die sozialpolitischen Programmfragen für die Zeit danach in einer absehbar alternden Gesellschaft.

So ist bisher nur vage ein Rahmen abgesteckt. Das innerparteilich Wichtigste daran ist nach den konzeptionellen Spaltungen der späten Schröder-Jahre: In ihn passt das gesamte Spektrum der SPD. So gesehen ist die Versöhnung der Partei mit sich selbst, wie sie Ende 2007 beim Hamburger Parteitag begonnen wurde, jetzt möglich. Vollzogen wird sie aber erst sein, wenn daraus eine längerfristige Linie geworden ist – regierungsfähig und zugleich mit klarer, über den Tag hinaus weisender Perspektive. Denn die braucht eine Partei der linken Mitte, wenn sie führen will, ohne nach den ersten konkreten Maßnahmen gleich wieder öffentlich in der Defensive und intern zerrissen zu sein.

### **Für Jubel besteht noch kein Anlass**

Schon die Bayernwahl Ende September, die den Verlust der absoluten CSU-Mehrheit brachte, hat einen großen Trend aufgezeigt. Im Grunde drückte er sich in fast allen Wahlergebnissen seit dem Beginn von Angela Merkmals Kanzlerschaft aus: Von neuer konservativer Attraktivität ist nichts zu spüren. Im Gegenteil, die Kanzlerin rettet sich immer mehr in eine Art soft-sozialdemokratischen Pragmatismus. Aber bei aller Genugtuung über das CSU-Ergebnis, in dem sich zudem wieder einmal die überragende Bedeutung attraktiver Personalangebote für die Wahlchancen von Parteien in der Mediengesellschaft zeigte, war es am 28. September bei der SPD doch auch noch ein Abend der Verdrängung gewesen.

Unter 19 Prozent in Bayern – der fernsehgerechte Jubel, zumal der im Berliner Willy-Brandt-Haus, war bei nüchterner Betrachtung nicht wirklich berechtigt. Die Rücktritte bei der CSU belegen zwar die Wucht des bayerischen Erdbebens. Aber dass die Unzufriedenen durchweg im bürgerlichen Lager blieben, war letztlich auch eine klare Botschaft – gegen die SPD. Nicht allein, weil der erhoffte Schub für die Bundespräsidentenwahl im Mai 2009 ausblieb. Noch mehr, weil die Wählerinnen und Wähler im Fall eines Führungswechsels hin zu den bayerischen Sozialdemokraten doch ganz offensichtlich keine attraktive neue Regierungsperspektive sahen.

So gesehen war Bayern durchaus ein Zeichen. Die interne Konsolidierung der SPD in den vergangenen Wochen hat für sich alleine noch nicht Wahlattraktivität nach sich gezogen. Die Bundespartei hat wieder ein strategisches Zentrum, wo zuletzt eher ein Vakuum zu sein schien – auch in punkto Interviewdisziplin wird das inzwischen erkennbar. Aber Disziplin reicht nicht, wenn sie nicht mit politischen Botschaften verknüpft wird. Und selbst im Wettlauf der Krisenmanager, als es um das

Milliardenpaket für den Bankensektor ging, stand (gutes) Handwerk im Mittelpunkt, nicht Perspektive.

Die Botschaft dieser Krisentage war: Auf die Politik kam es plötzlich an – ein fast schon ungewohntes Gefühl. Die Hohepriester der Finanzwelt waren abgetaucht, oder sie schworen ab, ohne mit der Wimper zu zucken. Die Medienwelt – einschließlich Wirtschaftsjournalismus – schwenkte mit, wie so oft, wenn Realitäten unbestreitbar wurden. Bankenverstaatlichung als ultimative Rettung des Kapitalismus? Egal. Schon wieder schien in den Medien die einzig relevante Frage nur die zu sein, ob die jeweilige Führung sich durchsetzt, wer *Looser* ist und wer Tagesheld. Sonst schon alles in Ordnung? Ist es nicht. Weder für den Kapitalismus noch für die Kanzlerin – noch für die SPD. Was Politik künftig will und kann: Das ist noch offen. Neu war nur, dass – was an sich schon wieder ein Fall für eine eigene Moraldebatte ist – nun die Wirtschaftsführer höchstselbst dem Markt das nicht mehr zutrauen, was sie vom Staat erhoffen.

### **Es ergeben sich neue Chancen**

Wenn die Vorlage aufgegriffen wird, kann das eine riesige Chance sein zur Rückgewinnung von Selbstwertgefühl des Politischen. Dieser Diskurs wird plötzlich zentral und nicht mehr aussichtslos. Die Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan hatte ihn ohnehin schon begonnen – umso fataler nun, würde ihre Kandidatur rein machttaktisch wahrgenommen und als minder-wichtig abgetan. Der Blick auf den Terminkalender lässt zumindest befürchten, dass dieses Grundsatzthema des Rückgewinnens von Respekt für die Politik sehr schnell wieder überlagert sein wird von Großereignissen und Tagesinteressen.

Die Präsidentschaftswahl in den USA wird viele Weichen stellen. Wirtschafts- und umweltpolitisch, außen- und sicherheitspolitisch. Gewinnt Barack Obama, dann steht

im Weltmaßstab erst einmal das Klischee vom Kompetenzvorteil der Konservativen in der Wirtschaftspolitik in Frage. Aber auch das ist zunächst nur eine Chance, die Inhalte eines sozial- und wirtschaftspolitisch glaubwürdigen sozialdemokratischen Führungsprojekts müssen folgen. Gerade weil auf den deutschen Provinzbühnen andere, banalere Stücke aufgeführt werden.

In Hessen werden die Konflikte sich zuspitzen, egal wie die Ministerpräsidentenwahl im November ausgeht. Die CDU wird von dort ausgehend versuchen, neu in die Offensive zu kommen – mit einer uralten Strategie, der Warnung vor linkem Chaos. Speziell in Berlin und Brandenburg zeigte sich ein Gegenteil, der auf eine ernsthafte Identitätskrise der CDU hindeutet. Nach der brandenburgischen Kommunalwahl und den Berliner Führungsquerelen wirken diese beiden CDU-Landesverbände komplett regierungsunfähig – während die Union anderswo, speziell in den meisten westdeutschen Flächenländern, immer noch auf dem Höhepunkt ihres Regierungsanspruchs steht, ohne freilich programmatisch irgendwo zu überzeugen. In schwarz-gelber Mehrheitskonstellation dort, was auch wieder ein Zeichen ist – für 2009.

### **Alternativpositionen aufbauen – mit Führungsanspruch**

Denn Bündnisse aus Union und FDP sind eben nicht nur Vergangenheit. Sie sind gerade heute wieder Gegenwart in prägenden Teilen des Landes und angestrebte Zukunft im Bund, falls es rechnerisch dazu reicht. Jedenfalls wird der Unionswahlkampf geführt werden – und das bedeutet: Die SPD muss Alternativpositionen zu Schwarz-Gelb in den Mittelpunkt stellen, wenn sie begründen will, warum die amtierende Kanzlerin abgelöst werden sollte. Eine Konstellation, die 1998 nach fast zwei Regierungsdekaden abgewählt wurde, kann

zehn Jahre später schwerlich Zukunftsanspruch erheben, ohne an den Inhalten gemessen zu werden.

In der SPD war zuletzt eine alte Schwäche wieder aufgebrochen: das Denken in Entweder-oder-Kategorien, wenn es um Strategiefragen geht. Entweder ein Kurs der Mitte oder eine Anpassung nach links? Diese Art zu denken führt nicht weit. Auch wenn es von Parteimenschen oft anders geglaubt wird: Es wird nie belastbare Wahlerfolge geben, wenn vorher ein Teil des eigenen Spektrums negiert wurde. Die These, nur ein profilierter Linkskurs erlaube eine zum Wahlsieg nötige Polarisierung, ist genauso irrig wie jene, dass Wahlen allein in der Mitte gewonnen würden – und der Rest zur Mehrheit dann via Koalitionsverhandlungen von links her angedockt werden könnte.

Daneben steht eine neue Gefahr: die Ignoranz der Verschiebungen im Parteiensystem. Da es stimmt, dass die großen Volksparteien im Vergleich zu früher schrumpfen, ist es eine falsche Prämisse, für den Regelfall von alten Koalitionsoptionen auf Basis von 35-40 Prozent Stimmenpotenzial auszugehen. Vielleicht wird es eines Tages – wie in Österreich – Kanzler mit 25/30-Prozent-Parteiergebnissen geben. Unionskanzler übrigens auch, das zeigt sich im Erstarren freier Wählergruppen. Ob man es wünscht oder nicht: Mehrparteienkoalitionen werden üblich werden, Zweierkoalitionen sind nur der Schritt dorthin. Dann kommt es aber umso mehr darauf an, dass die Führungskraft solcher Koalitionen einen klaren Führungsanspruch hat und ihn auch programmatisch ausdrücken kann.

Mit Hessen-Debatte, Europa- und Präsidentschaftswahl, den interessanten Landtagswahlen des Spätsommers (weil Unionsmehrheiten wackeln) und schließlich der Bundestagswahl wird es 2009 immer wieder Anlässe geben, aus denen heraus die öffentliche Debatte sich ganz auf die taktischen Fragen der Koalitionsarithmetik und auf Personen konzentriert. Das kann

speziell für eine SPD, die in Umfragen bundesweit unter 30 Prozent liegt, leicht zur kommunikativen Falle werden. Umso zentraler wird die Inhaltsfrage und umso wichtiger, dass sie nicht nur mit der Perspektive des Herbstes 2009 beantwortet wird. Gerade weil die Bankenkrise die vermeintlichen Wahrheiten der Marktradikalen widerlegte.

Die SPD ist im Länderdurchschnitt schwach wie selten zuvor. Ein neuer Führungsanspruch lässt sich aber nur aufbauen, wenn über die Länder neue Stärke wächst. Denn eine inhaltlich neu profilierte Politik im Bund braucht eine Bundesratsmehrheit. Deshalb steht der SPD ein

Etappenweg bevor, auf dem das Jahr 2009 als Startphase verstanden werden kann. Die in der Finanzkrise verstärkten rezessiven Tendenzen werden neue Verteilungskonflikte nach sich ziehen, in denen nicht erneut kleine Einkommen einseitig belastet werden dürfen. Zugleich wird deutlich, wie wenig die neoliberalen Wachstums- und Renditeverheißungen mit wirklicher Problemlösungskompetenz zu tun hatten. Aber es muss diese Debatte jetzt offensiv geführt werden: darüber, auf welchen Werten Wirtschaft und Gesellschaft in Zukunft gründen, wer sie prägt und repräsentiert – und wer nicht.

Jörg Asmussen

## Politische Antworten auf die Finanzmarktkrise

*Die Industrieländer befinden sich inmitten der größten Finanzmarktkrise seit 80 Jahren. Während zunächst richtigerweise das Krisenmanagement Vorrang hatte, muss nun eine dauerhafte Verbesserung der Rahmenbedingungen für stabile Finanzmärkte im Vordergrund stehen. Dazu wurden auf europäischer und internationaler Ebene bereits Grundlagen geschaffen.*

**Jörg Asmussen**

(\* 1966) ist Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

stefanie.mackowiak@bmf.bund.de



### Ausbreitung der Krise

Die Niedrigzinspolitik der US-Notenbank und der vermeintlich unaufhörliche Preisanstieg am US-Immobilienmarkt in Verbindung mit einer zu laxen Finanzaufsicht vor allem in den USA haben dazu geführt, dass der Finanzsektor zu hohe Risiken einging und mit einem zu hohen Kredithebel arbeitete. Damit wurde letztlich das Fundament für die Krise gelegt.

Die Krise nahm ihren Ursprung im relativ kleinen Segment des US-amerikanischen Marktes für zweitklassige Hypotheken. Von dort wurde sie über das Instrument der Verbriefung (*originate-to-distribute*) auf andere Märkte und Regionen übertragen. Die im US-Subprime-Hypothekenmarkt vergebenen Kredite wurden wiederholt gebündelt und tranchiert und dann als strukturierte Finanzprodukte an Investoren, einschließlich Banken, weltweit weiter verkauft. Dabei hatte sich die Emission von solchen *asset backed* und *mortgage backed securities* seit Anfang 2000 bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise mehr als verfünffacht auf über 750 Mrd. US-Dollar. Problematisch war, dass diese strukturierten Finanzprodukte schnell so komplex geworden waren, dass weder die *Originatoren*, noch die *Rating-Agenturen* – die die